

29. November 2007
10:17 MEZ

Zufall, und doch bezeichnend für die Lage in Österreich

...dass die Präsentation des EUMC-Berichts zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit der vorübergehenden Streichung des Kindergelds zusammenfiel - Ein **Komment@r** von Sonja Fercher

ZARA-Rassismus Report 2005

"Rassismus wird
immer aggressiver"

Nachlese

Zara: Rekord an
Rassismus-Fällen im
Jahr 2005

Dass die Präsentation des Berichts der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf den gleichen Tag fällt, an dem das Sozialministerium die Familienbeihilfe für MigrantInnenkinder streicht, ist zwar Zufall. Aber es ist doch bezeichnend für die österreichische Politik in der Frage.

Zwar gibt es seit dem Jahr 2005, auf das sich der Bericht bezieht, auch positive Entwicklungen. Darunter fällt etwa, dass nun auch Menschen, die nicht aus Österreich oder einem EU-Mitgliedsstaat kommen, Betriebsräte werden und bei den Arbeiterkammerwahlen kandidieren können. Endlich, immerhin gibt es diese Forderung schon seit rund zehn Jahren, bewegt hat sich Österreich erst auf Druck aus Brüssel.

Dass Österreich bei der Erhebung von Daten rassistisch motivierter Gewalt als "gut" eingestuft wird, ist immerhin etwas. Getrübt wird diese scheinbar positive Einordnung aber dadurch, dass "die einzig systematische Datenaufzeichnung" von einer kleinen NGO wie ZARA kommt, wie der Bericht feststellt. Diese stellte in ihrem Rassismus-Report 2005 hingegen fest, dass "Rassismus in Österreich immer tabuloser und aggressiver" werde. Dabei passt es ebenso ins Bild, dass dieser Verein am Existenzminimum herumkriecht.

Von der BZÖ-Forderung nach der Deportation von MigrantInnen über die FPÖ-Kampagne "Daham statt Islam" bis hin zu der von VP- Innenministerin Liese Prokop fälschlich behaupteten Integrationsunwilligkeit von Zuwanderern: In einem solchen politischen Umfeld ist es kaum verwunderlich, dass sich die Ergebnisse des diesjährigen Berichts fast wie eine Kopie des Berichts aus dem vergangenen Jahr lesen. Denn die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie der damit verbundenen Diskriminierungen standen nun einmal nicht auf der politischen Tagesordnung der vergangenen zwei Regierungen. Schlimmer noch: Man macht daraus vor dem vermutlichen Abschied aus der Regierung auch noch politisches Kleingeld.

© 2006 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.